

Zusammengestellt von:
Lena Dieckmann

Europäische Integration und Europäisierung

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	III
1 Einleitung.....	4
1.1 Europäische Integration.....	4
1.2 Europäisierung.....	7
1.3 Ziele des Kurses.....	9
1.4 Aufbau des Kurses und Textauswahl.....	10
1.5 Aufgaben zu den Texten	14
1.5.1 Aufgaben und Fragen zur Integrationsforschung.....	14
1.5.2 Aufgaben und Fragen zur Europäisierungsforschung.....	16
1.6 Verwendete Literatur.....	19

1 Einleitung

Die europäische Integration ist eines der spannendsten Phänomene der Gegenwart. Warum Staaten freiwillig Teil einer größeren politischen Einheit werden und wie sich diese Integration auf vormals vollkommen souveräne Nationalstaaten auswirkt, wird seit einigen Jahrzehnten europapolitischer Forschung mal mehr, mal weniger heiß diskutiert. So existiert mittlerweile eine Fülle an Veröffentlichungen, die sich mit der europäischen Integration und mit der Europäisierung auseinandersetzen, und das Forschungsinteresse ist weiterhin ungebrochen: gerade in Zeiten der Wirtschafts-, Euro- und Finanzkrise haben Integrations- und Europäisierungsthemen Hochkonjunktur. Dadurch wächst der – ohnehin schon breite – Forschungsstand zu diesen Themen stetig weiter an.

Integrations- und Europäisierungsforschung folgen unterschiedlichen Prämissen

In der Konsequenz können Sie als angehende Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler schnell den Überblick verlieren. Denn um neuere Beiträge zur Integrations- und Europäisierungsforschung zuverlässig und zügig in den Forschungsstand einzuordnen, müssen Sie diesen kennen und die Integrations- von der Europäisierungsforschung unterscheiden können. Schließlich handelt

es sich bei der europäischen Integration und der Europäisierung um zwei unterschiedliche theoretische Ansätze, deren Grundannahmen Sie weder miteinander verwechseln noch fälschlich miteinander verknüpfen sollten. Gerade zu Beginn der Auseinandersetzung mit dem Forschungsbe- reich kann diese strikte Trennung der wesentlichen Prämissen allerdings schwerfallen.

Bevor Sie aber in die Forschungsbeiträge zur europäischen Integration und Europäisierung einsteigen, wird im Folgenden ein kurzer Einblick in beide Themenblöcke gegeben. So erlangen Sie einen ersten Eindruck von den beiden politikwissenschaftlichen Forschungsbereichen und deren unterschiedlichen Grundannahmen. Ebenso dient diese Einleitung der Erläuterung der Ziele des Kurses, seines Aufbaus und der Auswahl der Texte, die diesen Kurs ausmachen.

1.1 Europäische Integration

Die Europäische Union (EU) entwickelte sich in den vergangenen Jahren stetig weiter. Vor dem Hintergrund der Verabschiedung des Lissabon Vertrages und wiederkehrender Erweiterungs- runden wurde in Forschung und Praxis immer wieder die Frage nach der Finalität der EU aufgeworfen oder ein Europa à la carte diskutiert. Dabei standen Vertreter einer vertieften Integration den An- hängern einer Erweiterung der EU gegenüber. Ebenso wurde zuweilen auch mit einem Austritt aus der EU kokettiert, ernsthaft dachte aber wohl noch kein Regierungschef außer dem britischen *Prime Minister* über einen Abschied aus der Union nach. Was ist es also, das nationalstaatliche Akteure dazu bewegt, freiwillig und dauerhaft nationalstaatliche Souveränitätsrechte abzugeben und in die EU zu streben?

Integrations- theorien

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive beschäftigen sich Integrationstheorien mit dieser Fragestellung. Das Erkenntnisinteresse der Integrationstheorien besteht darin, (a) die Evolution regionaler Integration, (b) deren Ursachen sowie (c) Beweggründe souveräner Nationalstaaten für regionale Kooperation zu erklären. Die Beschäftigung mit diesen

Themen war gerade zu Beginn der Forschungsanstrengungen noch klar dem politikwissenschaftlichen Forschungsbereich der *Internationalen Beziehungen* zuzuordnen. Zu diesem Zeitpunkt lag der Analysefokus auch noch nicht auf dem Untersuchungsgegenstand EU. Stattdessen standen verschiedenste regionale Integrationsprozesse im Mittelpunkt der politikwissenschaftlichen Analyse. Bereits Mitte der 1940er Jahre widmeten sich Forscher wie David Mitrany (1944) der Frage, wie eine friedfertige und in Vielfalt geeinte Weltgesellschaft entstehen könnte. Ausgehend von dieser normativen Frage entwickelte sich ein Forschungsbereich, der bis heute nicht an Dynamik verloren hat.

Unter dem Dach der Integrationsforschung wurden zahlreiche theoretische Ansätze erarbeitet: Neben dem *Transaktionalismus* (u.a. Deutsch 1954) und dem *Föderalismus* (u.a. Friedrich 1964) konkurrieren vor allem die Theorie des *(Neo-)Funktionalismus'* (Mitrany 1944; Haas 1958; 1970; Schmitter 1969; Sandholtz u. Zysman 1989; Stone Sweet u. Sandholtz 1997) und die des (liberalen) *Intergouvernementalismus'* (Hoffmann 1966; 1982; Moravcsik 1993; 1998) um die überzeugendere Erklärung von europäischen Integrationsprozessen.

Die *Neo-Funktionalisten* begreifen die europäische Integration als vollkommen neue Art der Integration, die gleichsam automatisch über sogenannte „spill-over“ Prozesse auf die Bildung eines transnationalen Bundesstaats hinausläuft. Dies führe zu einer deutlichen Schwächung des Nationalstaats bei gleichzeitigem Erstarren der institutionellen Struktur. Treibende Kräfte der Integration sind aus der Perspektive der *Neo-Funktionalisten* sowohl nationale Eliten, die ihren politischen und ökonomischen Interessen Nachdruck verleihen wollen, als auch supranationale Akteure, die die Macht supranationaler Institutionen über die Mitgliedsstaaten zu vermehren suchen (Haas 1964; Sandholtz u. Stone Sweet 1998; 2012).

Neo-Funktionalismus vs. Intergouvernementalismus

Die *(liberalen) Intergouvernementalisten* hingegen fassen den Prozess der europäischen Integration als klassische Kooperation zwischen souveränen Nationalstaaten, die lediglich eine vertiefte Form der Kooperation anstreben. Dabei treiben nationale Regierungen die Integration mit dem Ziel an, ihre wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen zu schützen. Im Zuge der Integration erfährt der Nationalstaat eine Stärkung seiner Stellung, da sich für dessen Regierung neue strategische Möglichkeiten ergäben (Moravcsik 1993). Wahrscheinlich ist aus Sicht der *(liberalen) Intergouvernementalisten* insbesondere eine Integration der *low politics*: innerhalb von Politikfeldern wie der Wirtschaftspolitik sei eine Vergemeinschaftung kostengünstig und ohne nationalen Widerstand möglich. Im Gegensatz dazu sei eine Vergemeinschaftung der *high politics* unwahrscheinlich, da in Politikfeldern wie der Außen- und Sicherheitspolitik oder der Asylpolitik nationalstaatliche Souveränitätsrechte tangiert würden. Nationale Vorbehalte gegenüber einer Integration seien damit sehr wahrscheinlich und würden eine Integration verhindern (Hoffmann 1966; 1982).

Gerade diese beiden Theoriestränge fanden in der Forschung großen Wiederhall. Allerdings mussten sowohl *Neo-Funktionalisten* als auch *Intergouvernementalisten* immer wieder Kritik hinnehmen: Der *Neo-Funktionalismus* geriet

Kritik an den Integrations-theorien

beispielsweise durch die „Politik des leeren Stuhls“¹ von Charles de Gaulles in Erklärungsnot. Sein Eintreten für das Einstimmigkeitsprinzip im Ministerrat und sein Veto gegen den Beitritt Großbritanniens zur EU führten zu einer Krise des Integrationsprojekts, die der *Neo-Funktionalismus* nicht erklären konnte (Wolf 2012, S. 65). Schließlich waren Krisen dem Paradigma der *Neo-Funktionalisten* zufolge aufgrund des „spill-over“ Mechanismus‘ höchst unwahrscheinlich. Damit war eine der zentralen theoretischen Annahmen in der Empirie widerlegt worden. Aber auch *Intergouvernementalisten* mussten einige Kritik einstecken, die in erster Linie Hoffmanns Unterscheidung zwischen *high* und *low politics* betrifft. Diese Unterscheidung wird als künstlich kritisiert, da sie nicht trennscharf vorgenommen werden kann (O’Neill 1996). Zudem wurde die Unterscheidung in der Empirie widerlegt: Mittlerweile gelten sensible Politikfelder der *high politics* wie die Asyl- und Bildungspolitik – zumindest teilweise – als vergemeinschaftet (zur Asylpolitik z.B. Lavenex 2001; Kaurert u. Léonard 2012; Fellmer 2013; zur Bildungspolitik z.B. Ertl 2006; Gornitzka 2006; Lange et al. 2010).

Diese „Rückschläge“ führten aber keineswegs zu einer Aufgabe der jeweiligen Integrationstheorien. Ganz im Gegenteil: *Neo-Funktionalismus* und *Intergouvernementalismus* wurden stetig weiterentwickelt. Aufgrund der oben skizzierten Auseinandersetzungen innerhalb der wissenschaftlichen *community* und der mitunter unvorhergesehenen Entwicklung politischer Praxis kennt die Wissenschaft heute beispielsweise auch „spill-back“ Prozesse oder die liberale Ausprägung des *Intergouvernementalismus*‘.

Die Integrationsforschung lebt – wie die meisten anderen Forschungsbereiche der Politikwissenschaft auch – von Gegenargumenten und dem lebhaften Austausch zwischen (sich widersprechenden) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Kontroversen wie die obige zu der Frage, warum Integrationsprozesse ins Stocken geraten oder aber weiter reichen als erwartet, können sich über Jahre hinweg fortsetzen. Ein solcher Streit ist in den meisten Fällen gewinnbringend für die Forschung: häufig befördert er neue Erkenntnisse. Diese gelten mal als ein kleinerer Schritt, mal als ein größerer Sprung und manchmal sogar als Meilenstein der Theoriebildung. Meistens werden solche Debatten in Fachzeitschriften ausgetragen. Mitglieder der politikwissenschaftlichen *community* erkennen wissenschaftliche Auseinandersetzung beispielsweise an den Überschriften. Diese beziehen sich häufig auf den Autor, dem der oder die Verfasser widersprechen will bzw. wollen. In der Wissenschaft wird diese Art des Beitrags als *Replik* bezeichnet. Natürlich können Forscher auch wiederum *Antworten* auf solche *Repliken* verfassen. In der englischsprachigen Literatur kennzeichnet man diese Fortführung der Diskussion u.a. mit dem Wort *rejoinder*. Es können sich genauso auch Lager bilden, die dem Kritisierten oder dem Kritiker beipflichten. Insgesamt gilt: Auseinandersetzungen prägen nicht nur das menschliche Leben, sie sind auch das Lebenselixier politikwissenschaftlicher Forschung.

¹ Aus Protest gegen die geplante Einführung der Mehrheitsentscheidung in der gemeinsamen Agrarpolitik und den damit verbundenen Einflussverlust Frankreichs im Ministerrat hatte der damalige Staatspräsident de Gaulle den französischen Regierungsmitgliedern die Order erteilt, den Sitzungen des Ministerrats fernzubleiben. Die Abwesenheit französischer Vertreterinnen und Vertreter führte in der Zeit zwischen Mitte 1965 und Anfang 1966 faktisch zur Beschlussunfähigkeit des Ministerrats der EG. Diese Strategie de Gaulles wird als „Politik des leeren Stuhls“ bezeichnet.